

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 2 Mk., vierteljährlich 6 Mk. — Verlagsanstalt: Bochum, Westfälische Zeitung Nr. 33 — 12. Telefon: 49, 98 u. 104. Telegr.-Adr.: Westfälische Zeitung.



Verantwortlich für den Inhalt: Carl Schupp, Druck: G. Schumann & Co., Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Westfälische Zeitung, Bochum, Westfälische Zeitung Nr. 33 — 12. Telefon: 49, 98 u. 104. Telegr.-Adr.: Westfälische Zeitung.

Wacht auf die Lotzspindel!

Kameraden, hütet euch vor Persönlichkeiten, die sich mit tönendem Redeschwall bemühen, zu Gewalttätigkeiten aufzuföhren! In jüngster Zeit sind wieder eine Anzahl solcher verbrecherischer Burden entlarvt worden als Agenten der Reaktion. Meistens sind es Subjekte, die sich durch recht „radikale“ Redensarten und nichtswürdige Verleumdung bewährter Vertrauensleute der organisierten Arbeiterschaft auszeichnen. Zunächst lästern sie über „Gewerkschaftsbözen“, „Arbeitsgemeinschaftler“, „freigewerkschaftliche Arbeitervertreter“, und wenn sie glauben, das Ansehen der alten, erprobten Vertrauensleute genügend untergraben zu haben, dann pflücken sie die Opfer ihrer Verlogenheit zu „Aktionen“ auf, wobei es ohne irgendeinen Gewalttät nicht abgehen darf. Sihen die Opfer in der Notlage, so sind die Putschmacher nicht mehr zu hören noch zu sehen. Nach einiger Zeit tauchen sie unter anderen Namen fernab vom Schauplatz ihrer unheilvollen Tätigkeit wieder auf und richten neues Unheil an.

Am liebsten nennen sich diese Lotzspindel „Kommunisten“ oder „Syndikalisten“, manchmal auch „barbare Anarchisten“, weil das „radikal“ klingt. Sie verstehen es, sich durch „radikales“ Gerede das Vertrauen solcher Kameraden zu gewinnen, die noch nicht eingesehen haben, daß nur eine starke zentrale Gewerkschaftsorganisation imstande ist, der kapitalistischen Macht mit Erfolg entgegenzutreten. Es fällt uns natürlich nicht ein, die Berufsamerader, welche sich zu den wer weiß wie vielen kommunistischen oder syndikalistischen Vereinen begeben haben, als schlechte Kerle zu bezeichnen. Sie sind nur zu wenig aufgeklärt über die wirtschaftlichen und politischen Möglichkeiten, es sind enttäuschte und darum erbitterte Volksgenossen, die überwiegend vor dem November 1918 sich um keine gewerkschaftliche Organisation gekümmert haben und deshalb glauben, die Aufrichtung einer gerechten Verfassungsverfassung könne sowasogen im Sandumdrehen erlebzt werden.

In solche ungeschulte Volksgenossen machen sich die Lotzspindel heran, gewinnen ihr Vertrauen, drängen sich bald in die vertraulichsten Konferenzen, spielen dort die wilden Männer und berichten den reaktionären Geheimorganisationen (De-gesch usw.) regelmäßig, was in jenen Konferenzen gesagt und beschlossen wurde oder getan sein soll. Auf diese Weise entstehen auch jene „Pläne der Roten Armee“, die tatsächlich nur Hirngespinnste geistig verwirrter Köpfe sind. Aber die Lotzspindel brauchen so etwas, um ihre Notwendigkeit zu beweisen und um „Prämien“ zu erhalten. Die Folgen sind Gerichtsprozesse gegen die unglücklichen Verführten wegen Bildung ungeschulter bewaffneter Organisationen.

Unlängst wurde in einem westfälischen Eisenwerk festgestellt, daß ein dort recht radikal auftretender „Arbeiter“ in Wirklichkeit ein vermunterter höherer Offizier war! Das wurde früh genug entdeckt. In einem anderen Industriewerk sind gleich zwei oder gar drei Menschen, die es verstanden haben, sich zu „Führern der Kommunisten“ aufzuschwingen, als Agenten der Orgeschauer entlarvt! In dem Prozeß wegen der grauenhaften Mehlelei um den Essener Wasserurm am 19. März 1920 (Folge des Stapp-Putschs) ist ein damals vielgenannter „kommunistischer Stotruppführer“ bloßgestellt worden als Vertrauensmann der militäristischen Kappfreunde in Münster! Er empfing von dort eine erhebliche Geldsumme und beschuldigte vor der Polizei eine Reihe von Arbeitern fälschlich der Teilnahme an der Lösung von Polizei- und Einwohner-Behrmannschaften. Ein anderer „kommunistischer Stotruppführer“, der im März 1919 auch nach dem Diefelfelder Abkommen wütend zum „radikalsten“ Weiterkämpfen aufgeputzt hat, ist nun gleichfalls als Lotzspindel entlarvt. Wir

haben vor einiger Zeit aus einem syndikalistisch-unionistischen Blatt mitgeteilt, daß in einer einzigen Nummer der Zeitung gleich vier „führende Kerle“ in dieser Vereinigung als Putschisten festgestellt wurden. Aus Schlemien und Mitteldeutschland sind uns eine Reihe fürchtbar „radikal“ auftretender Subjekte namhaft gemacht worden, deren vordringende Tätigkeit im höchsten Maße verdächtig ist. Von der Namentnennung können wir schon deshalb vorläufig absehen, weil diese Subjekte immer wieder unter anderen Namen ihr Wesen treiben. Namen tun ja auch nichts zur Sache. Es kommt darauf an, unsere Kameraden bezüglich zu warnen vor den dunklen Ehrenmännern, die unter dem Deckmantel eines gewerkschaftlichen und politischen Ueberradikalismus zu Putsch auf-reizen! Wer weiß wie viele gutgläubige Arbeiter diesem verbrecherischen Lotzspindel schon zum Opfer gefallen sind und dafür hinter Herkennauern büßen. Die reaktionären Kreise, denen die Gleichberechtigung der Arbeiter in Reich, Staat und Gemeinde ein Grauel ist, brauchen solche Putsch, um wieder zur Herrschaft zu kommen. Der gewerkschaftlich geschulte Kamerad weiß das und begegnet den maulradikalen Putschistenagenten mit Mißtrauen. Aber leider fanden diese gemeingefährlichen Schablinge immer wieder ungeschulte Nachläufer und unglückliche Opfer.

Das große Maul ist kein Zeichen von geistiger Reife. Mit Trompetenschlägen sollen zwar einmala die biblischen Läuern von Jericho umgeworfen worden sein. Aber die Mauern der kapitalistischen Verfassungsverfassung sind nicht mit „radikalen“ Polonaisen zu bewirgen, sondern können nur durch eine systematisch umfassende Organisation der Arbeiterklasse erstiegen werden. Durch die neue Reichs- und Staatsverfassung haben wir das freie Vereinigungsrecht erhalten. Auf dem Boden dieses gesetzlichen Grundrechtes stehend, sind wir imstande, alle Berufsangehörigen zu organisieren zu einer Macht, die unbesieglich ist! Wir brauchen dazu keine Putsche, im Gegenteil, sie schädigen die Arbeiterklasse, indem sie ihre Gegner stärken. Eben darum werden ja die aus irgendwelchen Geheimfonds bezoldeten Putschprediger auf die Arbeiterklasse losgelassen. Die Empfehlung von „Aktionen“ mit Anwendung von Sägespärgeln und Handgranaten ist nichts anderes als eine Empfehlung des Militarismus, dem die Menschheit schon so furchtbare Leid zu verdanken hat. Darum fort mit diesen „Aktionen“! Deren Inzenerierung geht, wie die Erfahrung lehrt, sehr oft von Lotzspindeln der Reaktion aus.

Der Bergarbeiterverband fragt kein Mitglied nach seinem politischen oder religiösen Glaubensbekenntnis. Alle Kameraden, mögen sie sich zu einer politischen oder religiösen Partei zählen zu welcher sie wollen, sind bei ihm gleichberechtigt. Es sind also keine Sonderorganisationen notwendig. Je mehr existieren, um so schwächer sind die Bergarbeiter und um so größer ist die Gefahr, daß verbrecherisch gestimmte Agenten der Reaktion schweres Unheil anrichten. Dagegen muß sich der Bergarbeiterverband energisch wenden im Interesse der Arbeiterklasse. Er fordert von allen seinen Mitgliedern, daß sie die Belegschaftsgenossen warnen vor den „über-radikalen“ Maulhelden, von denen man niemals weiß, was für Pläne sie auszuführen haben. Es ist nun schon überreichlich genug Unglück über viele unserer Volksgenossen gekommen durch notorische Verbrechernaturen. Seht den Burden, denen nie genug „Aktionen“ gemacht werden können, auf die Finger! Duldet nicht, daß sie weiter der Reaktion Sclerendienst leisten. Stellt sie an den Pranger!

führung nicht geeignet. Die Belegschaften von der Notwendigkeit weiterer Ueberbrückung zu überzeugen.

Die Schimmer der Belegschaften wird naturgemäß auch beeinflusst durch die Nachrichten von dem Kohlenüberfluß und den Bergarbeiterfeiern in jenen Ländern, welche wir nach dem Spa-Abkommen mit Seelen belästern müssen. Unsere Kameraden haben sich im vorigen Jahre bereit erklärt, erst durch Ueberbrückung vorzugehen die damalige internationale Kohlennot mildern und so an dem europäischen Wiederaufbau mit zu helfen. Nun aber vernehmen wir von nichtüberbrückung, Ueberbrückung der Seelenbelästigung und Entlassungen von Bergarbeitern im Auslande und legen uns die Frage vor, ob es vernünftig ist, hier noch auf-tretende Ueberbrückung zu versuchen, während eine Weltkohlennot nicht mehr besteht. Wer die Gewinne der Arbeitermassen, auf deren Tätigkeit die nationale und internationale Wirtschaft gegründet ist, nicht mißachten will, muß diese ganz natürliche Stimmung berücksichtigen.

Auch jetzt ist allerhand geschrieben, um den erwiesenen guten Willen der Arbeiterklasse, im Gemeinwohlinteresse Opfer zu bringen, zu überbrücken. Die Behandlung der Arbeitervertreter auf nicht wenigen Betrieben ist alles andere, nur nicht freundlich. Die Erfahrungen mit der Kohlenmittelverorgung der Belegschaften durch die Organisation der Werksbesitzer sind nicht vorzuziehen. Später davon mehr. Das fortwährende Herunterziehen der Sozialisierungs-forderung, das nach andauernde Verschleppen des Reglerungsversprechens, einen Gescheitwurf betreffend die Sozialisierung des Bergbaues vorzuziehen, die Anpreisung des Kleinaktionismus und der privatkapitalistischen Vertretungsgelände, auch von Mitgliedern der Reichsregierung, hat neuerdings in den breiten Massen den Argwohn vertriebt, sie sollten sich nicht für einen Aufbau der sozialistischen Gemeinwirtschaft, sondern für den Wiederaufbau des Kapitalismus ändern. „Man kann nicht jahrelang von den Bergleuten unerhörte Opfer fordern und den dadurch entstehenden Gewinn einer kleinen Kapitalistengruppe zufließen lassen!“ So erklärte die große Vertrauensmännerkonferenz des christlichen Bergarbeitervereins am 22. August 1920 in Gelsenkirchen und beschloß, wie die Kennerung unseres Verbandes am 25. Juli 1920 in Bochum, von der Reichsregierung die „alsbaldige Vorlegung“ eines Sozialisierungs-gesetzes zu fordern. Wer etwas glaubt, die Bergarbeiter hätten diese Forderung fallen gelassen, der werde darüber gefälligst in Belegschafts-versammlungen! Er wird sein blaues Wunder erleben.

Also sind entscheidende Vorarbeiten für die Beibehaltung des jetzigen Ueberbrückungsabkommens nicht mehr gegeben! Der von einer Zentrumsvereinskommission an die Bergleute gerichtete Appell, im Interesse des Gemeinwohls weiter das Opfer der Ueberbrückung zu bringen, wird laut überbrückt durch den andauernden Singfang von dem „gesunden Egoismus“, auf dem „sein ein wirtschaftlicher Fortschritt“ beruhe. Dieser Singfang entspricht den privatkapitalistischen, rein egoistischen Anschauungen. Man darf sich nicht über die Wirkung wundern. Wer das Gemeinwohl über das private Interesse stellt, wird ja verhöhnt und verhöhnt als „Phantast“. Trotzdem bleiben wir solche „Phantasten“, trotzdem hoffen wir auf die Ueberbrückung der kapitalistischen Gewinnjagd.

Die Wirtschaftskrise im Saargebiet.

Saarbrücken, den 17. Febr. 1921.

Die vom Verband der Bergarbeiter Deutschlands am 12. Februar im Ludwigs-park in Saarbrücken einberufene Versammlung war aus dem ganzen Revier von 12- bis 15000 Bergarbeitern besucht. Die beiden vorgesehene Redner, Kameraden Petri und Schwarz, reichen nicht aus und mußten die beiden Kameraden Petri und Frank ebenfalls referieren. Alle Redner behandelten das Thema: „Die Krise im Saargebiet“. Ausgehend von der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise, hat sich derselben auch eine Krise im Kohlenbergbau hinzugefügt. Die Ursachen liegen in dem die Weltwirtschaft hemmenden Friedensvertrag von Versailles, daran, daß das große Ausland vom Weltmarkt abgeschnitten, der Weltwert der besiegten Staaten sehr stark gesunken ist und die Bergarbeiter nicht kaufen kann. Es ist Wahrscheinlich, daß die Ruhrbergarbeiter unter Opferung ihrer Gesundheit Ueberbrückung machen, während die Bergarbeiter im Saargebiet feiern. Der Kohlenbezug für die Bevölkerung im Saargebiet ist beschränkt trotz der Feiern. Hervorgehoben wurde, daß die Bergarbeiter durch die bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse den Ausfall an Lohn nicht tragen können und der Arbeitgeber einen Teil als Ausgleich übernehmen sollte. Eine scharfe Kritik erfuhr die von der französischen Direktion übermittelte Arbeitsordnung. Schon die früheren preussischen Geheimräte bezeichneten die „Arbeitsordnung“ als reformbedürftig. Die Arbeitsordnung kennt nur Pflichten der Arbeiter. Die wenigen „Rechte“ sind, daß der Arbeiter, wenn zwei Feiertagen eingelegt werden, seine Arbeit nicht nehmen kann, daß er, wenn er von einem Beamten beleidigt wird, ohne Kündigung seine Entlassung nehmen kann. Eine bedeutende „Verbesserung“ liegt wohl darin, daß — in der Grube Bier getrunken werden darf. Die organisierte Bergarbeiterschaft lehnt diese „Arbeitsordnung“ als nicht den heutigen Zeitverhältnissen entsprechend, ab.

Die Gedanken, die tausende Saarbergarbeiter besetzten, fanden in nachstehender Entschiedenheit Ausdruck:

„Die heute im Ludwigs-park in Saarbrücken von 12- bis 15000 Bergarbeitern besuchte Versammlung ist nicht überzeugt, daß alle Maßnahmen, die Feiertagen zu verhindern, getroffen sind. Die Versammlung ist dieser Auffassung durch die Tatsache geworden, daß heute die Kohlen der Saarbevölkerung noch rationiert und beschränkt werden. Wenn auch durch die Bestimmungen des Friedensvertrages die Ausfuhr von Kohlen aus dem Saargebiet nach Deutschland Beschränkungen unterworfen ist, so ist andererseits nicht anzuerkennen, daß diese Bestimmungen in Zeiten wirtschaftlicher Not nicht annulliert werden können, in Zeiten in denen auf der einen Seite die Massen wegen Ueberproduktion fester müssen und so der Verleumdung weiterer Vorküsse ge-liefert wird.“

Vom Ueberbrückungsabkommen.

Kündigung im Ruhrgebiet.

Die Vorstandsvertreter der vier Bergarbeiterverbände haben am 16. Februar beschlossen, das Ueberbrückungsabkommen dahingehend zu kündigen, daß ab 13. März keine Ueberbrückung mehr verfahren werden. Weitere Verhandlungen sind vorbehalten.

Dieser Beschluß kann nicht überraschend kommen, wenn man im Gedächtnis behalten hat, daß stets gewerkschaftsfeindlich betont worden ist, das Ueberbrückungsabkommen sei „keine Dauer-einrichtung“. Nachdem es über ein Jahr besteht, muß man es verstehen, daß die Belegschaften fragen, ob das Ueberbrückungs-abkommen „dauernd sein sollte“, wogegen sich natürlich starker Widerspruch erhebt. Der Gesundheitszustand der Bergleute kann die Beibehaltung der Ueberbrückung nicht ertragen. Es ist kein Zufall, daß sich in den letzten Monaten die Betriebsunfälle in einer Weise vermehrt haben, die ernste Besorgnis erregen muß. Wir haben darauf schon wiederholt an behördlicher Stelle hingewiesen. Der Schuß der Arbeitskräfte bleibt auf alle Fälle für uns maßgebend. Das regelmäßige Verfahren von zwei Ueberbrückungen wöchentlich (zweimal 10stündige Schichten) ist eine bedeutende körperliche Leistung, sie erschöpft daher die Arbeitskräfte in ungewöhnlicher Weise. Aus den Förderlisten geht denn auch hervor, daß an Tagen, an welchen vornehmlich Ueberbrückung die Förderung (der gesamten Bechen) auf über 300 000 Tonnen steigt, also sogar schon über den Vorkriegsstand hinaus! Aber am folgenden Tage geht die Förderung auf 280- bis 300 000 Tonnen zurück, weil den Belegschaften die Ueberbrückung in den Knochen sitzt. Am zweiten Tage nach dem Hauptüberbrückungstag steigt die Förderung auf 310- bis 320 000 Tonnen, ohne Ueberbrückung! Die Belegschaften sind dann schon ausgeruht. Das wiederholt sich mit einer solchen Regelmäßigkeit, daß man zu der Ueberzeugung kommen muß, es wird in kurzer Zeit nach dem Abbau der Ueberbrückung durchschnittlich dasselbe Quantum an Arbeitskräften gefördert, wie vordem mit den Ueberbrückungen! Wir nehmen sogar an, daß die Ueberbrückung in Ueberbrückungen abgemessene Belegschaft eine

Wichtig! Die Wahl der Zeißiger des Berg-gewerbegerichts Dortmund ist in den Wahlkammerbezirken ausgeschrieben worden. Gewählt wird am 9. März auf den Schachtanlagen, die in den Wahlauschreiben als Stimmbezirke bezeichnet sind. Jeder Wähler muß bei der Wahl einen Ausweis über seine Person, wie: Lohnbuch, Steuerzettel u. dgl. vorzeigen. Wirbt für die Liste der freien Gewerkschaften, mit denen wir gemeinsam vorgehen. Achtet auf die Nummer dieser Liste! Der 9. März muß zeigen, daß die freien Gewerkschaften noch wie vor im Bergbau ausschlaggebend sind. — Darum muß jeder Verbandskamerad wählen!

durchschnittlich höhere Lagesförderung heraus-bringt. Summa wenn man werkschaftsfeindlich dazu übergeht, die Hauert-Haase stärker zu befehlen. Das ist schon wiederholt gefordert worden.

Ueberdies ist unsere Eisenbahn infolge ihrer starken Wagonabgabe an die Entente (150 000) bei weitem nicht imstande, an den Ueberbrückungstagen geförderte Kohlenmenge abzutransportieren! Es müßten dann mindestens 30 000 Wagon gestellt werden, es sind aber bestenfalls nur 23- bis 24 000 Wagon gestellt worden. Infolgedessen haben sich die Kohlenbestände auf über eine Million Tonnen erhöht und auf einer Reihe Bechen müßten Feiertage eingelegt werden! Natürlich ist diese Er-

Überstellung von 27.669 Güterwagen für die Zeit von Ende 1916 bis 1. Mai 1919, also für einen Zeitraum von rund 2 1/2 Jahren, gegen etwa 20.000 für die Zeit von 21. Januar bis 25. April 1920, also nur für die Zeit von einem Vierteljahr.

Die Reparaturen an Eisen sind ungemein, besonders durch die Preissteigerung der Materialien. Es ist im Durchschnitt Holz um das 40-fache, Eisen um das 35-fache, die übrigen Metalle sind zum Teil noch bedeutend stärker gestiegen. Oberbaustoffe (Weichen, Schienen usw.) steigen um das 20-fache, Schienen um das 16- bis 30-fache, Farben um das 50-fache, Lokomotiven um das 12-fache (ein Stück zurzeit 1.200.000 Mk.) und die übrigen Betriebsmittel um das 20-fache.

Nachstehende Angaben sind ebenfalls nicht ohne Interesse. Es kosteten pro Tonne (in Mark):

Table with 2 columns: Item (e.g., Formeln, Stabstahl, Univerfalstahl) and Price (1914, 1920).

Aus den vorstehenden Zahlen ergibt sich, daß die Schweißpreise für Eisen im Mai 1920 ganz ungeheuerlich waren. Jetzt ist eine Preislenkung zu bezeichnen.

Auch die Fertigfabrikate weisen eine dementsprechende Preissteigerung auf: Die Tonne Eisenbahnstahlfabrik kostete 1913: 118 Mk., am 1. Mai 1920: 875 Mk., die Tonne Kanalarbeiterplatten zum Befestigen der Eisenbahnstahlfabrik 1913: 290 Mk., am 1. Mai 1920: 5150 Mk.

Angesichts dieser Preissteigerung darf es uns nicht wundernehmen, wenn wir mit einer ungeheuerlichen Defizitwirtschaft der deutschen Reichseisenbahnen rechnen müssen. Schuld daran hat nicht der deutsche Eisenbahnarbeiter oder der Beamte infolge seiner erhöhten Besoldung; Schuld an diesem Unglück sind jene Kreise, die sich am deutschen Gut und Blut bereicherten und auf völlig ungesetzliche Weise in der Kriegszeit horrend Gewinne eingekassiert haben und nun den Mut besitzen, die arbeitende Klasse dafür verantwortlich zu machen.

Geleggebung und Verwaltung. Bergbauwiedergewinn in Österreich.

Die "Soziale Praxis" schreibt am 10. 11. 20 sei in der Tschecho-Slowakei das Gesetz vom 22. Februar 1920 in Kraft getreten durch das die Bestimmungen des alten österreichischen Gesetzes vom 14. August 1896 in modernem Geiste neu geregelt werden.

Wandbewegungen, sich nicht an der Sabotage des Verbandes zu beteiligen, vielmehr mit aller Kraft gegen die Verfechter der Gewerkschaften zu kämpfen. Es ist ein Skandal, daß ein solcher Versuch nötig geworden ist. Ein Skandal, daß sich deutsche Arbeiter durch ausländische Diktatoren für die Gewerkschaftszersplitterung mißbrauchen lassen.

Der Reichsverkehrsminister gegen den Achtfundentag.

Das Organ des Deutschen Eisenbahnerverbandes, „Der Deutsche Eisenbahner“ vom 12. Februar 1921 veröffentlicht folgendes Schreiben: „Der Reichsverkehrsminister.“

Ein Abteilung E. I. — E. VIII. Abteilung Nr. IV.

Der Herr Minister möchte bitte Material darüber haben, welche Einwirkung die Verlängerung der Arbeits- und Dienstzeit der Beamten und Arbeiter um 1 Stunde, insbesondere in finanzieller Beziehung und hier wieder vor allem hinsichtlich sachlicher Erfolge haben würde.

„Es scheint so, als wenn Hannibal vor den Toren Roms! Also unser Arbeitgeber, Herr Verkehrsminister Gröner, läßt berechnen, welche finanzielle Auswirkung der Aachtfundentag haben würde. Vorläufige noch im engen Kreise. Bald wird er die berühmten Sachverständigen aus den Kreisen der Steuerleute heranziehen. Und dann wird die Reichsbank und die Reichsarbeitskraft schließlich einer gewaltigen Erschütterung ihrer Reserven gegenübersehen. Und die übrigen Arbeiter und Angestellten der Privatindustrie würden folgen müssen. Aber so weit sind wir noch nicht! Dem Herrn Minister sei gesagt: die deutschen Angestellten und Arbeiter, vor allem aber die deutschen Eisenbahner, werden sich den Aachtfundentag nicht nehmen lassen. Wollen Sie ihn befestigen: Wollen denn wir werden unsern Mann stehen. Der Ausgang eines Kampfes um dies Objekt ist uns nicht zweifelhaft.

Unsere Kollegen aber tunen wie erneut zu: Seid einig und seid bereit, für eure Rechte zu jeder Zeit und Stunde in einem Kampf zu treten. Hier handelt es sich um mehr, als Kleinfram. Wir können in Bezug auf den Aachtfundentag keine Auslegungen und Auflosungen. Für uns ist der Aachtfundentag Gesetz!“

Internationale Rundschau. Lohnreduktion im britischen Bergbau?

Das staatliche Bergwerkamt teilt mit, daß der Lohnzuschlag im Februar betragen würde 1 1/2 Schilling für Arbeiter über 14 Jahre, 1 Pence für Arbeiter von 16-17 Jahren und 6 Pence für Jugendliche. Im Januar betrug der Lohnzuschlag 1 Schilling 3/4 Pence bis 3/8 Schilling. Es handelt sich hier um die Durchführung des Vergleichts, mit dem der große Novemberstreik 1920 der britischen Kohlenbergwerke beendet wurde.

Der Nationalkongress der belgischen Bergleute

Es soll, wie wir dem „D'Audrier Mineur“ entnehmen, am 12. bis 14. März abgehalten werden. Auf der Tagesordnung stehen außer den üblichen geschäftlichen Berichten Referate über Anknappungsprobleme, Unfallgesetz, Bergarbeiterferien mit Fortzahlung des Lohnes, Sozialversicherung der Gruben, Sanitätswesen. Das belgische Bergarbeiterblatt beschäftigt sich eingehend mit der Sozialreformfrage.

Anknappungsschicksal.

Einführung der freien Kur für Familienangehörige beim Allgemeinen Anknappungsverein Bochum.

Als in der Generalversammlung am 15. Oktober 1920 die Werkbesitzer erklärten, daß sie 35 Millionen Mark zur Verfügung stellen wollten, um die Renten der Anknappungsbetroffenen, Witwen und Waisen um 100 bzw. 50 Prozent zu erhöhen, hatten sich die Delegierten bereit erklärt, die weitergehenden Forderungen der Anknappungsbetroffenen zur Generalversammlung zurückzuführen.

Da nun das Reichsversicherungsamt noch nicht fertig ist, ist die Voraussetzung für die Einführung eingetreten. Auf Grund dieser Ermächtigung wurde von Seiten der Verwaltung dem Vorstand folgende Vorlage über die Einführung der freien Kur für Familienangehörige vorgelegt:

Den versicherungsfreien Familienangehörigen wird freie ärztliche Behandlung gewährt nach Maßgabe folgender Bestimmungen: Berechtigt sind unter der Voraussetzung, daß sie ständig zum Haushalt des Versicherten gehören und nicht Mitglied einer anderen Krankenkasse sind oder sein müssen:

- 1. die Ehefrau bzw. die an deren Stelle den Haushalt führende Verwandte; 2. die Kinder, welche des 15. Lebensjahr noch nicht überschritten haben; 3. ältere, jedoch gänzlich erwerbsunfähige Kinder; 4. erwerbsunfähige Eltern, Schwiegereltern und sonstige Verwandte, deren Unterhalt von dem Versicherten nachweislich ganz oder vorwiegend aus seinem Arbeitsverdienst bestritten wird.

Statt der freien ärztlichen Behandlung kann für die Dauer von sechs Wochen Heilbehandlung in einem der vom Vorstand bestimmten Krankenhäuser einschließliche Verbände, Kränken, Nervenbehandlung und sonstiger besonderer Behandlung gewährt werden. Nicht gewährt werden: Heilbehandlungen und ähnliche Heilbehandlungen sowie bei Heilbehandlung in einem Krankenhause die Kosten für den Unterhalt. Für die Kosten der Heilbehandlung kann bei Fällen des Gesamtverschlechts in Anbetracht werden.

Unsere Vorstandskollegen sind die Vorlage nicht weit genug. Sie haben deshalb in der Vorstandssitzung vom 13. Januar d. J. der Vorlage ihre Zustimmung verweigert, um erst zu beschließen, weitergehende Bestimmungen hinzuzubefügen. Nach dieser Zeit hat dann eine Besprechung innerhalb der Arbeitgemeinschaft der vier Bergarbeiterverbände stattgefunden, in der beraten wurde, ob gegebenenfalls doch die Vorlage in der Form, wie sie die Verwaltung vorlegte, anzunehmen sei.

Inzwischen haben wir eine Rundfrage bei allen Betriebsräten des Ruhrbezirks gehalten, um festzustellen, inwiefern die beschlossene Einführung der freien Kur gegenüber dem bisherigen Zustand mit den einzelnen Familienangehörigen auf den Gehalt eine Verbesserung bedeuten würde. Bei 265 selbständigen Schachtanlagen im Ruhrbezirk wurde nur von 29 berichtet, daß sie sich für die beschlossene Vorlage beim Ag. Anknappungsverein vorläufig. Auf diesen 29 Schachtanlagen werden aber von den Anknappungsbetroffenen besondere Beiträge erhoben. Sie betragen 0,25 bis 1,20 Mk. im Monat.

Der Herr Minister möchte bitte Material darüber haben, welche Einwirkung die Verlängerung der Arbeits- und Dienstzeit der Beamten und Arbeiter um 1 Stunde, insbesondere in finanzieller Beziehung und hier wieder vor allem hinsichtlich sachlicher Erfolge haben würde. Eine Erörterung der Frage soll am 28. d. M., vormittags 10 Uhr, im großen Sitzungssaal stattfinden.

Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund. Erklärung.

Ein Bezirksleiter des Kameradenkreises Größlicher Bergarbeiter hat im Januar 1921 ein Rundschreiben an seine Bezirksverbände und Mitglieder gerichtet, das u. a. folgende Stelle enthält:

„Am Dienstag, den 11. d. M., hatten Wagner und Schmitt vom alten Verband an unserer Zentrale zu tun. Bei dieser Gelegenheit wurde dem Wagner die Frage vorgelegt, wie er sich zur Duisburger Rede des Kollegen Imbusch stelle. Wagner sagte: „Ich stehe nach wie vor auf dem von Imbusch vertretenen Standpunkt, nur in der Frage der Alternativen gehen unsere Ansichten auseinander.“

Der Zweck dieser Erklärung ist die Klärung der Verhältnisse. Es soll in unseren Reihen Verwirrung geschaffen und der eigenen Sache gedient werden. Gedient wird ihr damit nicht. Vielmehr werden solche Teile immer auf den Schützen zurück. Zur Sache selbst habe ich zu erklären:

Weder noch jetzt, noch nach Inhalt sind solche Fragen an mich gestellt und von mir, wie angegeben, beantwortet worden. Abgesehen von den Alternativen komme ich auch in anderer Beziehung nicht mit Imbusch überein. In seiner Duisburger Rede vom 9. Januar 1921 hat sich Imbusch ausgesprochen:

- 1. für Alternativen; 2. für Übertragung der Vorkasse auf das Reich und Verpfändung der Kohlenbergwerke an die Unternehmer; 3. für festere Verknüpfung des Kohlenbergbaus mit dem Bergbau; 4. für festere Verknüpfung der Vorkasse an die Unternehmer.

Die hier gelübte Methode moralisch zu werten ist, darüber besteht unter anständigen Menschen keine Meinungsverschiedenheit. Allgemein geliebt, würde sie das Zusammenleben der Menschen völlig unmöglich machen. Das wäre der Anfang vom Ende. Offenbar aber fehlt den Leuten, die solche Methoden üben, hierfür jedes Empfinden.

Rindische Schwägerlein.

In der Duisburger „Rindische Schwägerlein“ lesen wir, daß der hoffnungsvolle Sohn des berühmten „Berlethers“ J. Spantol in einer Oberhausener Versammlung gesprochen hat: „Eine Zeit in London für die sechsstündige Arbeit, um sich populär zu machen, sei aber dann zur Regierung nach Berlin gefahren und habe dort für die Achtstündensicht vorkam.“

Den Schimmel übertrumpft.

Unter obiger Überschrift haben wir in voriger Nummer unserer Zeitung eine Zuschrift veröffentlicht, in welcher gesagt wird, daß der Kamerad Johann Lubitz von der Zeche Friedrich Joachim 37 Schichten im November gemacht hat. Die Zuschrift entspricht nicht der Tatsache. Wir haben uns überzeugt, daß Kamerad Lubitz nicht über die tausenden Schichten hinaus arbeitet.

Das Unglück auf N. 7. J. 1921.

Auf genannter Zeche verunglückte am 4. Februar fünf Bergleute. Das Unglück geschah auf der 5. Sohle, Flöz Matias. Dieses Unglück ist einer leichtfertigen Abbaueiße zu verdanken. Auch Solmangel und Unberührene Kohlenlager haben das Nötige dazu beigetragen.

Nachrichten aus der Montanindustrie. Staatsbetrieb überholt Privatbetrieb.

Dem offiziellen Bericht über den Bergbau Hollands entnehmen wir, daß dort 1920 die Steinkohlenförderung auf 3.491.595 T. stieg, das sind rund 330.000 T. mehr wie im Vorjahre. Sehr interessant ist die Entwicklung der Förderung seit 1913. Die Förderung der Staatsgruben überholte die Förderung der Privatgruben, wie folgende Tabelle ausweist (in T.):

Table with 4 columns: Year, Private production, State production, Total.

Seht man die Förderung von 1913 gleich 100 an, dann stellte sich die private Förderung 1920 auf 149, die der staatlichen Werke aber auf 424. Die Fall zu einem sog. erheblichen Schwund. Der Privatbetrieb habe die höchste Entwicklung ermöglicht, ist durch das holländische Beispiel ganz widersprüchlich.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung. Gegen die Gewerkschaftszersplitterung

wendet sich in einem scharf gehaltenen Aufsatz der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Gerade der Metallarbeiterverband ist die von den Moskauern am leidenschaftlichsten bekämpfte deutsche Arbeiterorganisation. Das muß besonders hervorzuheben werden, weil auf seiner letzten Generalversammlung die Opposition gegen den alten Vorstand — ein seiner Spitze hand jahrehtelange Kollege Alexander Schilde — mit Stimmmehrheit der U. S. V. D. angehörnden Kollegen Robert Dilmann und Albin Brandes zu Verhandlungsgegenstand wählte.

